

# Einführung in das Europarecht

von

Dr. Helmut Lecheler

o. Professor an der Freien Universität Berlin

unter Mitarbeit von

Dr. Jörg Gundel

Wissenschaftlicher Assistent an der Freien Universität Berlin



C.H. BECK'SCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG  
MÜNCHEN 2000

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	VII
Einleitung	1
§ 1 Einführung: Geschichte, Begriff und Zugang zum Europäischen Gemeinschaftsrecht	3
I. Geschichte: Der Weg der Europäischen Einigung bis zum Amster- dam-Vertrag	3
1. Die Anfänge der Einigung	3
2. „Debout, Europe“ - Neubeginn nach dem 2. Weltkrieg	5
a) Die erste Etappe: die Bereinigung der Kriegsfolgen	6
b) Zweite Etappe: von der Montanunion bis zum Projekt einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft	7
c) Dritte Etappe: Gründung und Erfolg der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	8
d) Der Beitrag der Konferenz für Sicherheit und Zusammen- arbeit in Europa (KSZE)	9
3. Die Konsolidierung der Einigung	10
a) Der Beschluß der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA)	10
b) Der Maastricht-Vertrag („Unionsvertrag“ = EU)	11
c) Der Vertrag von Amsterdam	12
4. Die dominierende Rolle der EG im gegenwärtigen Europa	14
a) Dominierende Stellung der E(W)G	14
b) Die Rolle des Europarats	14
c) Die Bedeutung der OECD	15
d) Von der KSZE zur OSZE	16
e) Die Wirtschaftskommission der UN für Europa	16
f) Die Verbindung der EU mit der WEU	16
g) Die Vielfalt der Akteure	17
II. Begriff des Gemeinschaftsrechts, Arbeitsmaterial, Akzeptanz- probleme	17
1. Europarecht, Gemeinschaftsrecht oder Unionsrecht?	17
2. Die Arbeitsmittel	19
a) Das Amtsblatt der EG	19
b) Die Rechtsprechung	20
c) Zeitschriften	21
d) Lehrbücher	22
e) Fallsammlungen	23
f) Kommentare und Handbücher	23
g) Speziell europarechtliche Festschriften	24
3. Das Problem der Akzeptanz und des Zugangs zum Gemeinschaftsrecht	24
a) Akzeptanzprobleme des Gemeinschaftsrechts	24
b) Das Problem des Zugangs zu den amtlichen Dokumenten	25
§ 2 Die Europäische Union - ihre Struktur und Rechtsnatur sowie ihre Aufgaben und Ziele	27
I. Struktur und Rechtsnatur der Europäischen Union	27
1. Was bedeutet „Europäische Union“ ?	27
2. Rechtsfähigkeit der Europäischen Union?	30
a) Gegenstand der Kontroverse	30
b) Gründe für die Rechtsfähigkeit der Europäischen Union	31

	c) Gründe gegen die Rechtsfähigkeit der Europäischen Union.	31
	d) Zusammenfassung . . . . .	32
3.	Die Rechtsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaften . . . . .	33
	a) Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl . . . . .	33
	b) Die EAG und die EG . . . . .	33
	c) Konsequenzen der Rechtsfähigkeit . . . . .	33
II.	Das Ziel und die Aufgaben der EU und der Europäischen Gemeinschaften . . . . .	34
	1. Die Ziele der Union . . . . .	35
	2. Die Aufgaben und Ziele der EG . . . . .	36
	3. Die Ziele der Montanunion . . . . .	38
	4. Die Aufgaben und Ziele der Europäische Atomgemeinschaft. . . . .	38
III.	Braucht die Europäische Union eine Verfassung? . . . . .	39
	1. Die verfassungsgebende Gewalt . . . . .	39
	2. Der Verfassungsentwurf des EP von 1994 . . . . .	40
	3. Braucht die Europäische Union eine „Verfassung“? . . . . .	41
	a) Verfassung im staatsrechtlichen Sinne . . . . .	41
	b) Verfassung im funktionalen Sinne . . . . .	41
	c) Verschlechterung durch Reform . . . . .	43
	4. Das langsame Werden eines gemeineuropäischen Verfassungsrechts . . . . .	44
IV.	Die Verbandskompetenz der Gemeinschaften - am Beispiel der EG—	45
	1. Der Grundsatz der begrenzten Kompetenz und die Struktur der Kompetenzzuweisungen . . . . .	45
	a) Der Grundsatz der begrenzten Kompetenz . . . . .	45
	b) Ziel- bzw. zustandsbezogene Kompetenznormen . . . . .	45
	c) Gegenstandsbezogene Kompetenzzuweisungen . . . . .	45
	d) Überschneidungen und Durchbrechungen . . . . .	46
	2. Die Frage nach dem Kompetenzgehalt . . . . .	47
	a) Ausschließliche und nicht ausschließliche Kompetenzen der Gemeinschaft . . . . .	47
	b) Inhalt der nicht ausschließlichen Kompetenz . . . . .	48
	3. Kompetenzkontrolle und Grenzen für die Kompetenzausweitung . . . . .	48
	a) Die Kontrolle der Kompetenzeinhaltung . . . . .	48
	b) Grenze für die Ausweitung der Kompetenzen der Gemeinschaft . . . . .	48
§ 3	Die Charakteristika des Europäischen Gemeinschaftsrechts . . . . .	50
I.	Die Grundsätze der Eigenständigkeit und der Einheit der Gemeinschaftsrechtsordnung: . . . . .	50
	1. Der Grundsatz der Eigenständigkeit des Gemeinschaftsrechts . . . . .	50
	a) bei der Auslegung des Gemeinschaftsrechts . . . . .	50
	b) im Verhältnis von nationalem Recht zum Gemeinschaftsrecht . . . . .	51
	c) Das Verhältnis des Gemeinschaftsrechts zur Völkerrechtsordnung . . . . .	52
	2. Der Grundsatz der funktionellen Einheit der Gemeinschaften . . . . .	53
II.	Die Grundsätze der unmittelbaren Geltung und des Vorranges des Gemeinschaftsrechts . . . . .	53
	1. Der Grundsatz der unmittelbaren Geltung des Gemeinschaftsrechts . . . . .	53
	a) Unmittelbare Geltung des Primär- und Sekundärrechts . . . . .	53
	b) Die Voraussetzungen für die unmittelbare Geltung . . . . .	54
	2. Der Grundsatz des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts . . . . .	54
	a) Grundlegung . . . . .	55
	b) Die Grenzen des Vorranganspruchs aus gemeinschaftsrechtlicher Sicht . . . . .	56
	c) Rechtsfolge im Kollisionsfall . . . . .	58

d)	Grenzen des Vorrangs aus der Sicht des deutschen Verfassungsrechts	59
i 4	Die Organe der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaften	61
I.	Der Europäische Rat	61
1.	Die Stellung des Europäischen Rates im institutionellen Gefüge der EU	61
2.	Zusammensetzung des Europäischen Rates	62
3.	Aufgaben des Europäischen Rates	63
II.	Die Organe der Europäischen Gemeinschaften	64
1.	Allgemeines	64
a)	Haupt- und Hilfsorgane	64
b)	Einheitlichkeit des institutionellen Rahmens	65
c)	Der Sitz der Organe	66
d)	Die Sprachenregelung	66
e)	Reformprobleme	66
2.	Der Rat (der Europäischen Gemeinschaften)	67
a)	Zusammensetzung	67
b)	Der Ratsvorsitz	69
c)	Funktionen	69
d)	Die Beschlußfassung des Rates	71
e)	Die Aufgaben des Rates	73
3.	Die Kommission	74
a)	Zusammensetzung	75
b)	Das Kollegialprinzip	76
c)	Aufgaben der Kommission	78
d)	Handlungsformen der Kommission	78
e)	Ende der Amtszeit	79
f)	Der Sitz	80
4.	Das Parlament	81
a)	Zusammensetzung	81
b)	Wahlrechtsgrundsätze	82
c)	Konferenz der Präsidenten und Ausschüsse	84
d)	Die Rolle der Parteien	84
f)	Die Rechtsstellung der Abgeordneten	85
g)	Die Befugnisse	85
h)	Klagerecht	89
i)	Das Ende der Amtszeit des EP	89
j)	Der Grundsatz der Kontinuität	89
k)	Vertragsänderungsverfahren	90
l)	Sitz	90
5.	Der Gerichtshof	90
a)	Die Aufgabe der Wahrung des Rechts	91
b)	Besonderheiten des EuGH	91
c)	Zusammensetzung	92
d)	Die Ernennung der Mitglieder des Gerichts und der Generalanwälte	93
e)	Satzung und Verfahrensordnung	94
f)	Sachliche Zuständigkeit	96
g)	Arbeitsüberlastung	96
h)	Sitz	97
6.	Der Rechnungshof der Europäischen Gemeinschaften (ERH)	97
7.	Das Europäische Währungsinstitut (EWI)	98
8.	Die Europäische Zentralbank (EZB)	98
a)	Das Europäische System der Zentralbanken (ESZB)	99
b)	Ziele des ESZB	100
c)	Die Organe des ESZB	100
d)	Die Rolle der nationalen Zentralbanken	100

e)	Die Unabhängigkeit des EZB.	101
f)	Die demokratische Legitimation der EZB.	102
g)	Sitz der EZB .	103
9.	Die Europäische Investitionsbank (EIB).	103
III.	Neben- und Hilfsorgane der Gemeinschaft . . . . .	104
1.	Der Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA).	104
a)	Grundlage . . . . .	104
b)	Zusammensetzung .	105
c)	Die Aufgaben des WSA. . . . .	105
2.	Der Ausschuß der Regionen .	106
a)	Entstehung . . . . .	106
b)	Aufgaben des AdR. . . . .	106
c)	Zusammensetzung . . . . .	107
d)	Rechtspersönlichkeit und Klagerecht . . . . .	108
3.	Der Europäische Bürgerbeauftragte (Ombudsmann) . . . . .	108
4.	Dezentrale Gemeinschaftseinrichtungen. . . . .	109
IV.	Finanzierung der Gemeinschaft . . . . .	112
1.	Finanzierung durch Eigenmittel. . . . .	112
2.	Sonstige Einnahmen. . . . .	112
3.	Ausgabenstruktur. . . . .	113
4.	Reform. . . . .	114
	Die Rechtsquellen und Rechtsakte des Gemeinschaftsrechts (einschl. des Grundrechtsschutzes). . . . .	115
I.	Das primäre Gemeinschaftsrecht. . . . .	115
1.	Die von den Mitgliedstaaten abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge zur Gründung und Ausgestaltung der Europäischen Union. . . . .	115
2.	Protokolle, Satzungen und Erklärungen. . . . .	116
a)	Protokolle. . . . .	116
b)	Satzungen . . . . .	116
c)	Erklärungen. . . . .	117
3.	Völkerrechtliche Verträge der Gemeinschaft. . . . .	117
4.	Die allgemeinen Rechtsgrundsätze. . . . .	118
a)	Vertragliche Grundlage. . . . .	118
b)	Rechtsnatur und Arten von Grundsätzen. . . . .	118
5.	Der Schutz der Grundrechte im Gemeinschaftsrecht . . . . .	119
a)	Die Grundlagen des gemeinschaftsrechtlichen Grundrechtsschutzes. . . . .	119
b)	Die Reichweite des Grundrechtsschutzes. . . . .	121
c)	Die Reichweite der Grundrechtsgeltung: Adressaten. . . . .	126
d)	Grundrechtsschranken. . . . .	128
e)	Zusammenfassung. . . . .	128
	Das sekundäre Gemeinschaftsrecht. . . . .	129
1.	Verordnungen. . . . .	129
2.	Richtlinien. . . . .	129
a)	Umsetzungsverpflichtung . . . . .	130
b)	Wirkung einer Richtlinie vor der Umsetzung. . . . .	131
c)	Wirkung einer Richtlinie nach der Umsetzung: das gemeinschaftsrechtliche Gebot einer richtlinienkonformen Auslegung. . . . .	132
d)	Wirkung einer Richtlinie bei Nicht-(oder nicht fristgerechter bzw. fehlerhafter) Umsetzung. . . . .	132
3.	Entscheidungen. . . . .	135
4.	Stellungnahmen und Empfehlungen. . . . .	136
5.	Protokollerklärungen zu Sekundärrechtsakten. . . . .	136
6.	Mitteilungen . . . . .	137
7.	Interinstitutionelle Vereinbarungen. . . . .	138

III.	Die Normenhierarchie im Gemeinschaftsrecht . . . . .	138
1.	Der Grundsatz der Normenhierarchie . . . . .	138
2.	Normenhierarchie innerhalb des Primärrechts? . . . . .	139
3.	Einzelheiten . . . . .	140
IV.	Die Interpretation des Gemeinschaftsrechts - die besondere Bedeutung der Aufgaben - und Zielbestimmungen . . . . .	141
1.	Allgemein . . . . .	141
2.	Die Auslegungsmethoden . . . . .	142
a)	Wortinterpretation . . . . .	142
b)	Historische Interpretation . . . . .	143
c)	Systematische Interpretation . . . . .	143
d)	Teleologische Interpretation . . . . .	143
e)	Primärrechtskonforme Auslegung von Sekundärrecht . . . . .	144
§ 6	Die Funktionen . . . . .	146
I.	Nur begrenzte Vergleichbarkeit mit dem tradierten, nationalen Gewaltenteilungsmodell . . . . .	146
II.	Die Funktionen - Überblick . . . . .	147
1.	Die Rechtsprechung . . . . .	147
2.	Der Vollzug . . . . .	147
3.	Die Rechtsetzung . . . . .	148
III.	Die Rechtsetzung . . . . .	148
1.	Die steigende Bedeutung des Gemeinschaftsrechts . . . . .	149
2.	Die Rollenverteilung zwischen Rat und Kommission . . . . .	149
3.	Das Verfahren zum Erlaß rechtlich verbindlicher Akte durch den Rat . . . . .	149
a)	Form und Verfahren . . . . .	149
b)	Das Anhörungsverfahren . . . . .	151
c)	Verfahren der Zusammenarbeit . . . . .	153
d)	Verfahren der Mitentscheidung . . . . .	153
e)	Die Wahl der Rechtsgrundlage . . . . .	155
f)	Der Sonderfall der doppelten Rechtsgrundlage . . . . .	157
g)	Zusammenfassende Darstellung . . . . .	159
4.	Rechtsetzung durch die Kommission . . . . .	159
a)	Befugnisse im primären Europarecht . . . . .	159
b)	Rechtsetzungsbefugnisse nach Sekundärrecht . . . . .	160
IV.	Der Vollzug des Gemeinschaftsrechts . . . . .	163
1.	Direkter und indirekter Vollzug des Gemeinschaftsrechts . . . . .	163
2.	Bereiche des direkten Vollzugs des Gemeinschaftsrechts . . . . .	164
a)	Sachbereiche eigenen Vollzugs . . . . .	164
b)	Beispiele für spezielle Vollzugsbefugnisse . . . . .	165
c)	Der Sonderfall der Wettbewerbs- und Beihilfenaufsicht . . . . .	166
d)	Haushaltsausführung . . . . .	167
e)	Gemeinschaftsinterne Verwaltung . . . . .	167
f)	Anzuwendendes Recht . . . . .	167
3.	Der indirekte Vollzug des Gemeinschaftsrechts durch die Mitgliedstaaten . . . . .	168
a)	Modifikation der Widerruf- und Rücknahmenvorschriften der §§48, 49 VwVfG . . . . .	169
b)	Modifikation der Anordnung des Sofortvollzugs durch nationale Behörden . . . . .	170
c)	Modifikation der Befugnisse der Gerichte im vorläufigen Rechtsschutz . . . . .	171
d)	Förderung der Kooperation der Verwaltungen der Mitgliedstaaten . . . . .	172
V.	Die außervertragliche Haftung der Gemeinschaft und die Staatshaftung der Mitgliedstaaten für Verletzungen des Gemeinschaftsrechts . . . . .	173

1.	Außervertragliche Haftung der Gemeinschaft für fehlerhaftes Verhalten ihrer Organe . . . . .	173
	a) Vertragliche/außervertragliche Haftung der Gemeinschaft. . . . .	173
	b) Anspruchsgrundlage . . . . .	174
	c) Haftungsvoraussetzungen . . . . .	174
	d) Haftungsfolgen . . . . .	176
2.	Die Haftung der Mitgliedstaaten für den fehlerhaften Vollzug des Gemeinschaftsrechts . . . . .	176
	a) Herleitung . . . . .	176
	b) Realisierung des Anspruchs durch die nationalen Gerichte . . . . .	178
	c) Modifikation des nationalen oder eigenständiges gemeinschaftsrechtliches Haftungsinstitut? . . . . .	178
	d) Die Haftungsvoraussetzungen . . . . .	179
7	Der Rechtsschutz im Gemeinschaftsrecht . . . . .	182
I.	Das Rechtsschutzsystem in den Europäischen Gemeinschaften . . . . .	182
	1. Umfassende Kompetenz des EuGH . . . . .	182
	2. Verfahrensarten . . . . .	183
	3. Dualistische Struktur des Gemeinschaftsrechtsschutzes . . . . .	183
	4. Rechtsschutzlücken? . . . . .	184
II.	Vertragsverletzungsverfahren auf Antrag der Kommission bzw. eines Mitgliedstaats . . . . .	185
	1. Vertragsverletzung . . . . .	185
	2. Antragsberechtigung . . . . .	185
	3. Antragsgegner . . . . .	186
4.	Klagegegenstand . . . . .	186
5.	Vorverfahren . . . . .	187
	a) Bei einem Antrag der Kommission . . . . .	187
	b) Bei einem Antrag eines Mitgliedstaats . . . . .	187
6.	Rechtsschutzinteresse . . . . .	188
7.	Frist, Form und Inhalt des Urteils . . . . .	188
8.	Durchsetzung des Urteils . . . . .	188
III.	Nichtigkeitsklage . . . . .	189
	1. Gemeinsame Prüfungspunkte . . . . .	189
	a) Klagegegenstand . . . . .	189
	b) Passivlegitimation . . . . .	191
	2. Klageberechtigung . . . . .	191
	a) Die verschiedenen Gruppen der Klageberechtigten . . . . .	191
	b) Klageberechtigung der privilegierten Kläger . . . . .	192
	c) Klageberechtigung teilprivilegierter Kläger . . . . .	192
	d) Klageberechtigung nichtprivilegierter Kläger . . . . .	192
	3. Prüfungsmaßstab und Klagegründe . . . . .	195
	a) Prüfungsmaßstab . . . . .	195
	b) Klagegründe . . . . .	196
	4. Vorverfahren . . . . .	197
	5. Klagefrist und Klageform . . . . .	198
	6. Zuständigkeit . . . . .	198
	7. Urteilswirkung (Fehlerfolgen) . . . . .	199
	a) Feststellung der Unwirksamkeit . . . . .	199
	b) Inexistenz eines Rechtsaktes . . . . .	199
	c) Folgen der Feststellung der Nichtigkeit . . . . .	200
	8. Rechtsmittel . . . . .	200
	9. Durchsetzung . . . . .	200
IV.	Untätigkeitsklage . . . . .	201
	1. Unterlassung eines Beschlusses . . . . .	201
	2. Passivlegitimation . . . . .	201
	3. Aktivlegitimation . . . . .	201

	a) Privilegierte Kläger . . . . .	201
	b) Nichtprivilegierte Kläger . . . . .	202
	4. Vorverfahren und Frist . . . . .	202
	5. Wirkung des Urteils . . . . .	203
V.	Vorlageverfahren . . . . .	203
	1. Alleinige Zuständigkeit des EuGH . . . . .	203
	2. Vorlageberechtigung: Der Begriff des Gerichts in Art. 234 EG . . . . .	204
	3. Der Vorlagegegenstand: Gemeinschaftsrecht . . . . .	204
	4. Erforderlichkeit der Vorlage: Entscheidungserheblichkeit und „echter Rechtsstreit“ . . . . .	205
	5. Form und nationales Verfahren . . . . .	206
	6. Vorlagefrist . . . . .	206
	7. Vorlageberechtigung und Vorlagepflicht . . . . .	207
	a) Vorlagepflicht nach Art. 234 (ex Art. 177) III EG . . . . .	207
	b) Vorlagepflicht zur Feststellung der Ungültigkeit von Sekundärrecht . . . . .	208
	8. Sanktion bei einer Verletzung der Vorlagepflicht . . . . .	209
	9. Die Wirkung der Entscheidung . . . . .	212
	a) Auslegungsentscheidungen . . . . .	212
	b) Ungültigkeitserklärung . . . . .	212
	10. Verhältnis des Vorlageverfahrens zur Nichtigkeitsklage . . . . .	213
VI.	Amtshaftungsklage . . . . .	214
	1. Aktivlegitimation . . . . .	214
	2. Passivlegitimation . . . . .	214
	3. Klagefrist . . . . .	214
	4. Materielle Voraussetzungen . . . . .	214
VII.	Zuständigkeit des Gerichtshofs zur Erstattung von Gutachten. . . . .	214
	1. Antragsberechtigung . . . . .	215
	2. Antragsgegenstand . . . . .	215
	3. Gegenstand des Gutachtens . . . . .	215
VIII.	Weitere Zuständigkeiten des Gerichtshofs . . . . .	216
IX.	Vorläufiger Rechtsschutz im Gemeinschaftsrecht . . . . .	217
X.	Durchsetzung und Vollstreckung von Urteilen . . . . .	217
§ 8	Die Grundfreiheiten des Gemeinschaftsrechts . . . . .	219
I.	Die Unterscheidung zwischen Grundfreiheiten und Grundrechten. . . . .	219
	1. Ausgangslage . . . . .	219
	2. Die Grundfreiheiten . . . . .	219
	3. Die Gemeinschaftsgrundrechte . . . . .	221
	4. Die Entwicklungsoffenheit der Grundfreiheiten und die Frage ihrer Konvergenz . . . . .	222
	5. Übersicht . . . . .	223
II.	Zollunion und freier Warenverkehr . . . . .	223
	1. Das System der Zollunion . . . . .	223
	a) Regelungsprogramm . . . . .	223
	b) Ausgestaltung nach Innen . . . . .	225
	2. Erfaßte Gegenstände: Der Warenbegriff . . . . .	225
	a) Regeldefinition . . . . .	225
	b) Ausnahmen und Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten . . . . .	227
	c) Erstreckung auf Agrarprodukte . . . . .	228
	3. Einzelheiten der Zollunion . . . . .	229
	a) Die Festsetzung eines einheitlichen Zollgebiets . . . . .	229
	b) Harmonisierung des Zollrechts und verbesserte Zusammenarbeit der nationalen Zollverwaltungen . . . . .	230
III.	Das Verbot der Zölle und Abgaben gleicher Wirkung zwischen den Mitgliedstaaten . . . . .	232
	1. Verbot von Zöllen . . . . .	232
	2. Verbot der Abgaben gleicher Wirkung . . . . .	232



	a) Definition . . . . .	233
	b) Keine Rechtfertigung . . . . .	233
	c) Abgrenzung von inländischen Abgaben-Systemen. . . . .	235
IV.	Der freie Warenverkehr: Verbot mengenmäßiger Beschränkungen und von Maßnahmen gleicher Wirkung . . . . .	235
	1. Ergänzung der Zollunion durch den Abbau nicht-tarifärer Hindernisse für den Warenverkehr. . . . .	236
	2. Das Verbot mengenmäßiger Beschränkungen sowie aller Maßnahmen gleicher Wirkung. . . . .	236
	a) Adressaten. . . . .	237
	b) Sachliche Reichweite der Verbote. . . . .	237
	c) Das Verbot der Maßnahmen gleicher Wirkung als Beschränkungsverbot: Die Dassonville-Formel. . . . .	239
	d) Praktische Durchsetzung. . . . .	240
	3. Rechtfertigung mitgliedstaatlicher Einschränkungen. . . . .	240
	a) Geschriebene Rechtfertigungsgründe: Art. 30 EG. . . . .	240
	b) Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe: Die „zwingenden Erfordernisse“ der Cassis-Formel. . . . .	244
	4. Schranken-Schranken. . . . .	246
	a) Ausschluß wirtschaftlicher Gründe. . . . .	246
	b) Grundrechte. . . . .	247
	c) Verhältnismäßigkeit. . . . .	247
	5. Prüfungsschema für klassische Fälle. . . . .	247
	6. Einschränkung des Tatbestands auf ein Diskriminierungsverbot für „Verkaufsmodalitäten“: Die Keck-Rechtsprechung. . . . .	249
	7. Prüfungsschema für Keck-Tatbestände. . . . .	251
	8. Verpflichtung zur Umformung staatlicher Handelsmonopole. . . . .	252
	a) Inhalt der Verpflichtung. . . . .	252
	b) Rechtfertigung von Verstößen. . . . .	253
V.	Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer. . . . .	253
	1. Der persönliche Schutzbereich. . . . .	254
	2. Der Inhalt der Arbeitnehmerfreizügigkeit. . . . .	254
	a) RatsVO 1612/68. . . . .	255
	b) Soziale Rechte, VO 1612/68 und VO 1408/71. . . . .	255
	c) Bleiberecht nach Erwerbstätigkeit, VO 1251/70. . . . .	256
	d) Studium und Arbeitnehmerfreizügigkeit. . . . .	256
	3. Reichweite der Gewährleistung: grundsätzliches Diskriminierungsverbot. . . . .	257
	4. Ausnahme für die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung. . . . .	258
	5. Rechtfertigung von Eingriffen. . . . .	260
	a) Ausdrückliche Rechtfertigungsgründe. . . . .	260
	b) Weitere sachliche Gründe. . . . .	261
	c) Schranken-Schranken. . . . .	261
	6. Prüfungsschema. . . . .	261
VI.	Die Niederlassungsfreiheit. . . . .	262
	1. Persönlicher Schutzbereich. . . . .	263
	2. Sachliche Reichweite der Niederlassungsfreiheit. . . . .	263
	3. Ausnahmen für Teilhabe an der Ausübung öffentlicher Gewalt. . . . .	266
	4. Rechtfertigung von mitgliedstaatlichen Eingriffen. . . . .	267
	a) Geschriebene Rechtfertigungsgründe. . . . .	267
	b) Ungeschriebene Gründe. . . . .	268
	c) Schranken-Schranken. . . . .	268
	5. Prüfungsschema. . . . .	268
	6. Harmonisierung oder Anerkennung?. . . . .	269
VII.	Die Dienstleistungsfreiheit. . . . .	271
	1. Unmittelbare Anwendung. . . . .	271
	2. Persönlicher Geltungsbereich. . . . .	272

3.	Subsidiarität - sachlicher Anwendungsbereich	272
4.	Erbringungsformen	273
5.	Einzelheiten zur Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten	274
6.	Reichweite der Gewährleistung	275
	a) Beschränkungsverbot	275
	b) Anwendung der Keck-Rechtsprechung	276
7.	Ausnahme: Ausübung öffentlicher Gewalt	276
8.	Rechtfertigungsgründe	277
	a) Ausdrückliche Rechtfertigungsgründe	277
	b) Zwingende Gründe des Allgemeininteresses	277
9.	Schranken-Schranken	278
	a) Keine wirtschaftlichen Motive	278
	b) Keine Missachtung von Gemeinschaftsgrundrechten	278
	c) Verhältnismäßigkeit	279
10.	Dienstleistungsmonopole	279
11.	Sekundärrecht zum Abbau von Beschränkungen:	
	Harmonisierung bzw. gegenseitige Anerkennung	280
	Entwicklung des Sekundärrechts	280
	b) Das Beispiel der EntsenderL	281
12.	Prüfungsschema	282
VIII.	Die Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	283
	1. Von Maastricht nach Amsterdam	283
	2. Sachlicher Anwendungsbereich	284
	a) Zahlungsverkehr	284
	b) Kapitalverkehrsfreiheit	285
	3. Persönlicher Anwendungsbereich	285
	4. Wirkung	285
	5. Rechtfertigung von Einschränkungen	285
	a) Ungleichbehandlung nach Wohnsitz oder Anlageort	285
	b) Andere Eingriffe	286
	6. Sekundärrecht	286
IX.	Zusammenfassender Überblick über die Struktur der Grundfreiheiten	287
X.	Ausbau der Personenverkehrsfreiheiten zur Unionsbürgerschaft	287
	1. Das allgemeine Diskriminierungsverbot	287
	2. Übersicht	289
	3. Die Unionsbürgerschaft	290
	4. Der Umfang der Unionsbürgerrechte	290
	a) Allgemeines Aufenthaltsrecht	290
	b) Wahlrecht	291
	c) Diplomatischer und konsularischer Schutz	293
	d) Petitionsrecht	293
§ 9	Politiken der Gemeinschaft	294
I.	Die Angleichung der Rechtsvorschriften	294
	1. Allgemein	294
	2. Abgrenzung zwischen Art. 94 und 95 EG und zu anderen Kompetenznormen	295
	3. Art. 95 EG	296
	4. Am. 96 und 97 EG	298
II.	Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)	298
	1. Sachlicher Anwendungsbereich	298
	2. Ziele der GAP	298
	3. Kompetenzen und Instrumente der GAP	299
	a) Kompetenz	299
	b) Instrumente der GAP	299
	4. Reform	301
III.	Verkehrspolitik	302
IV.	Wettbewerbspolitik und Beihilfenaufsicht	303

1.	Übersicht	304
2.	Am. 81 f. (ex Artt.85 f.) EG	304
a)	Art. 81 EG	304
b)	Das Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung	307
3.	Sekundärrecht auf der Grundlage von Art. 83 EG	308
a)	Die Fusionskontrollverordnung Nr. 4064/89	309
b)	Die Kartellverordnung Nr. 17	309
4.	Öffentliche Unternehmen	310
5.	Beihilfenaufsicht	312
a)	Der Grundsatz des Beihilfenverbots	312
b)	Verfahren der Beihilfenaufsicht	314
c)	Die Rechte der Beteiligten	315
V.	Sozialpolitik und Beschäftigungspolitik	317
1.	Die Sozialpolitik der Gemeinschaft	317
2.	Die Beschäftigungspolitik	318
VI.	Verbraucherschutz und Gesundheitspolitik	319
1.	Verbraucherschutz	319
a)	Kompetenznorm	319
b)	Ziele des Verbraucherschutzes	320
c)	Verbraucherbegriff	320
d)	Instrumente des Verbraucherschutzes	320
e)	Bereiche des Verbraucherschutzes	321
2.	Gesundheitspolitik	321
a)	Kompetenz	321
b)	Ziele	322
c)	Reichweite	322
VII.	Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt (Regionalpolitik)	322
1.	Das Ziel der Regionalpolitik	322
2.	Die Mittel der Regionalpolitik	323
a)	Fördermittel der Fonds	323
b)	Darlehen der EIB	324
c)	Bereitstellung besonderer Haushaltsmittel	324
d)	Verpflichtung zur Koordination	324
e)	Verfahren	325
VIII.	Umweltpolitik	325
1.	Kompetenzen	325
2.	Umweltpolitische Ziele	326
3.	Prinzipien der gemeinschaftlichen Umweltpolitik	327
4.	Instrumente der gemeinschaftlichen Umweltpolitik	328
5.	Tätigkeitsfelder der gemeinschaftlichen Umweltpolitik	328
§ 10	Die Außenbeziehungen der Gemeinschaft	329
I.	Die geschriebenen Außenkompetenzen der EG	329
1.	Außenwirkung der Zollunion	329
a)	Der Gemeinsame Zolltarif	330
b)	Gesetzgebungsbefugnis, Ertragshoheit, Verwaltungshoheit	331
c)	Zollpräferenzen	332
2.	Die Gemeinsame Handelspolitik	332
a)	Allgemein	333
b)	Gegenstand der GHP	333
c)	Organkompetenz	334
d)	GHP als ausschließliche Gemeinschaftskompetenz	335
e)	Handelspolitisches Instrumentarium	335
f)	Wirtschaftssanktionen und Embargos	336
g)	Sondervorschriften für internationale Verkehrsabkommen	336
3.	Entwicklungspolitische Abkommen	336
a)	Abschlußkompetenz	337

b) Inhaltliche Begrenzung der Kompetenz zum Abschluß von Entwicklungsabkommen . . . . .	337
4. Sonstige geschriebene Außenkompetenzen . . . . .	338
5. Insbesondere die Kompetenz zum Abschluß von Assoziationsverträgen . . . . .	338
a) Sonderfall der Assoziierung nach Art. 182 (ex Art. 131) EG. . . . .	338
b) Assoziierungskompetenz . . . . .	338
6. Verhältnis zu anderen Abkommen der Mitgliedstaaten . . . . .	344
a) Verhältnis zum Benelux-Abkommen . . . . .	344
b) Verhältnis zu früheren Verträgen der Mitgliedstaaten . . . . .	344
c) Rechtsfolgen des Art. 307 EG und der Sonderfall der WTO . . . . .	344
II. Ungeschriebene Außenkompetenzen . . . . .	345
1. Dogmatische Begründung . . . . .	345
2. Anwendungsbereich . . . . .	346
3. Verhältnis zur Kompetenz der Mitgliedstaaten . . . . .	347
III. Das Verfahren beim Abschluß von auswärtigen Abkommen . . . . .	348
IV. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) . . . . .	350
Ausblick . . . . .	353
Sachregister . . . . .	354